

Pöfener Zeitung.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
(14 Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an denselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 18. Jan. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Den Regierungsschreiber Alen-
burg zu Köln den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; ferner dem
Dragoman und Sekretär des Konsulats für Serbien, Sabarth, die Erlaub-
niß zur Aulegung des von des Sultans Majestät ihm verliehenen Medjidie-
Ordens fünfter Klasse zu erteilen.

Abgereist: Se. Durchlaucht der Prinz Waldemar zu Schleswig-
Holstein, Sonderburg, Augustenburg, General-Major und erster
Kommandant von Koblenz und Ehrenbreitenstein, nach Koblenz.

Telegramme der Pöfener Zeitung.

München, Dienstag 17. Januar. Die „Neue Mün-
chener Zeitung“ erklärt aus bester Quelle die Nachricht von
der Dimission Antonelli's als eine aus Börsenspekulation her-
vorgegangene Erfindung und fügt hinzu, es sei unbegründet,
daß der Papst KonzeSSIONen mache.

Luzern, Dienstag 17. Januar. Die „Gazette offi-
cielle“ meldet, daß das Ministerium seine Dimission gegeben,
und daß der König den Grafen Cabour mit der Bildung des
neuen Ministeriums beauftragt habe.
(Eingegangen 18. Januar 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 17. Jan. [Westmächliche
Projekte; zur Küstenbefestigungsfrage; eine Amis-
sion.] Die Verhandlungen zwischen England und Frank-
reich sind noch in der Schwebe, und deshalb darf man vorzeitigen
Berichten über die Ergebnisse derselben keinen Glauben schenken.
Unermähnt darf aber nicht bleiben, daß ein seit Kurzem umlaufen-
des Gerücht, welches von einem westmächlichen Abkommen über
die Annexion Mittelitaliens an Piemont bei gleichzeitiger Einver-
leibung Savoyens in Frankreich wissen will, keineswegs aus der
Luft gegriffen ist. Die materiellen Zugeständnisse, welche Napoleon
den britischen Interessen durch eine liberale Zollreform und durch
Abschluß eines Handelsvertrages auf breiten Grundlagen in Aus-
sicht stellt, beweisen mehr als alles Andere, daß wirklich das „herz-
liche Einverständnis“ zwischen den beiden Westmächten wieder in
üppigster Blüthe ist. Nach verlässlichen Nachrichten soll das eng-
lische Kabinett nahe daran gewesen sein, die Gebietsvergrößerung
Frankreichs an der Alpen Grenze um der Annexion willen gutzuhei-
ßen. Dennoch blieb die von den Lords Palmerston und Russell be-
herrschte Ansicht in der Minderheit, und man sucht daher augen-
blicklich nach einer andern Kombination, mit welcher man dann
nachträglich vor einen europäischen Kongreß treten will. Die Mit-
wirkung eines solchen Kongresses, welcher nur die Beschlüsse der
Westmächte gehoramt ratifizieren soll, gehört, wie ich schon öfter an-
gedeutet, zu den Lieblingswünschen Napoleons.

In der Küstenbefestigungsfrage wird Preußen, wie verlautet,
sich mit dem halben Entgegenkommen des Bundesstages nicht zu-
frieden geben. Die Abstimmung über den betreffenden Bericht des
Militärausschusses ist bekanntlich auf 14 Tage verschoben worden.
Inzwischen werden voraussichtlich die Arbeiten der Berliner Kon-
ferenz schon ihren Abschluß erreicht haben, da die preussischen Vor-
lagen genügend vorbereitet sind und sich lebhaften Anlaufes er-
freuen. Nach Feststellung der Ergebnisse wird sich erst beurtheilen
lassen, in wie weit eine Beilegung des Bundes angemessen er-
scheint. Jedenfalls hat Preußen dafür Sorge zu tragen, daß das
durch seine Initiative eingeleitete Werk erfolgreich gefördert und
nicht durch das Schwergewicht des Bundesverfahrens ins Stocken
gebracht werde. — Die Mittheilungen über die Amis-sion-
sion des Polizeidirektors Stieber sind eben so richtig als die Nach-
richt von der Beurlaubung desselben. Die Beurlaubung von
Seiten des Polizeipräsidenten war schon erfolgt, als der Minister
des Innern sich veranlaßt fand, die Amis-sionspension anzuordnen,
nachdem die Anlagelammer des Stadtgerichts dem Antrage der
Staatsanwaltschaft auf Einleitung des gerichtlichen Verfahrens
Folge gegeben hatte.

(Berlin, 17. Jan. [Vom Hofe; Abkürzung der
Fahrzeit des Kölner Kurierzuges; Bouillonküchen.]
Heute wurde, wie bereits gemeldet, eine Hofjagd abgehalten, an der
jedoch nur der Prinz Albrecht, Friedrich Karl und Prinz August
von Württemberg Theil nahmen; der Prinz-Regent und der Prinz
Friedrich Wilhelm blieben hier zurück, weil um 12 Uhr Mittags
ein Konseil stattfand, der bis 3 Uhr dauerte. Wie verlautet, waren
außer anderen Tagesfragen auch Vorlagen Gegenstand der Be-
handlung. Vorher hatte der Prinz-Regent sich von dem General
v. Manteuffel und dem Polizeipräsidenten v. Redlich Vortrag hal-
ten lassen. — Vor der Tafel machte der Prinz-Regent und seine
Gemahlin eine Spaziersfahrt und trafen im Thiergarten mit den
anderen hohen Herrschaften zusammen. Das Wetter war unfreund-
lich; wir hatten den ganzen Tag einen starken Nebel. Nachdem
gestern im Schlosse ein Kapitel des hohenzollernschen Hausordens
stattgefunden hat, wird der Prinz Karl morgen Vormittag in sei-
nem Palais ein Kapitel des Johanniterordens abhalten. Diesem
folgt in den nächsten Tagen ein Kapitel des Schwarzen-Adler-
ordens. — Schon am Freitag fand im Hotel Radziwill die Laufe-
des 2 Tage zuvor gebornen Prinzen statt. Der Prinz Friedrich
Wilhelm und mehrere andere der fürstlichen Familie verwandte
Herrschaften wohnten dem Lauffakte bei. Unsere Prinzessinnen
ziehen täglich Erkundigungen über das Befinden der hohen Wö-
cherin ein und die Herzogin von Sagan verweilt täglich längere

Zeit in dem Hotel. — Jetzt ist die Zeit der Diners und Soirées ge-
kommen. Heute gab der Kultusminister ein großes Diner; zu
demselben hatten die übrigen Kabinettsmitglieder, Diplomaten und
Abgeordnete Einladungen erhalten. Heute hat bereits der Vertre-
ter Brasiliens, Chevalier v. Araujo, die Minister, die Gesandten
und einige hohe Militärs mit ihren Gemahlinnen zu einem Diner
eingeladen, das bei ihm am Montag Nachmittags 3 Uhr stattfin-
den soll.

In einigen hiesigen Zeitungen war die Nachricht zu lesen, daß
auf der Bahnstrecke Berlin-Köln ein neuer Kurierzug eingelegt
werden solle, der zu dieser Tour nur neun Stunden brauchen würde.
Ich kann versichern, daß von der Einführung eines neuen Zuges
gar keine Rede ist, schon deshalb nicht, weil gar kein Bedürfnis
vorliegt. Die Direktionen sind nur darum angegangen worden,
den Kurierzug zwei Stunden später von Köln abgehen zu lassen,
damit er die von Paris kommenden Fahrgäste noch aufnehmen
könne; dabei soll aber doch wie bisher der Zug am andern Morgen
7 1/2 Uhr in Berlin eintreffen, mithin diese Fahrt in zwölf Stunden
zurücklegen. Dieser Wunsch darf auf seine Realisirung hoffen; den
Kurs aber auf neun Stunden zu beschränken, ist deshalb eine Un-
möglichkeit, weil die verschiedenen Bahnen einen öfteren Maschinen-
wechsel und die zahlreichen Stationen einen längeren Aufenthalt
zur Bedingung machen. — Die Spekulation hat hier die Idee
hervorgehoben, in den verschiedenen Stadttheilen Küchen zu errich-
ten, in denen man von frischem Kernfleisch bereitete Bouillon er-
halten kann und zwar das Quart für 2 Sgr. und die Tasse für
6 Pf.; das gefochte Fleisch soll à Pfd. für 2 Sgr. verkauft werden.
Die Zahl der Küchen ist vorläufig auf zwölf bestimmt; geht aber
das Geschäft, worauf natürlich die Unternehmer rechnen, so wird
natürlich ihre Zahl vermehrt. Eine Küche ist bereits fertig und be-
findet sich solche Mittelstraße 7. Die Fleischlieferung hat ein hiesi-
ger Hofschlächter. Die Unternehmer tragen sich mit der Hoffnung,
daß viele Familien ihren Bedarf aus den Küchen entnehmen wer-
den, und versprechen sich darum einen bedeutenden Ablass. Für die
Winterzeit dürften sie allerdings wohl ihre Rechnung finden.

*** Berlin, 17. Jan. [Der Gesandtenposten in Pe-
tersburg; Rußland und Frankreich; die Zustände in
der Lombardei.] Wir erfahren, daß Graf Perponseid-Sedlnitz
binnen Kurzem sich auf seinen Posten nach Petersburg begeben
wird. Der Graf nimmt unter den preussischen Diplomaten einen
hervorragenden Platz ein, so daß die Wahl desselben eine glückliche
genannt werden kann, wenn es uns gleich bedünkt, daß ein
Mann wie der Graf v. D. Goltz leichter im Stande gewesen wäre,
das mögliche Zusammengehen des österreichischen Gesandten Grafen
Thun mit der dem jetzt in Preußen herrschenden System feindlich
gesinnten Mehrzahl der Partei erfolglos zu machen oder in sei-
nen Wirkungen abzuschwächen. Es ist bekannt, daß der Graf Thun
bereits zum Gesandten am hiesigen Hofe ernannt war, weniger
aber dürfte es bekannt sein, daß der Graf denselben Posten wegen
seiner russenfreundlichen Ansichten vor einigen Jahren verließ, weil
er von seiner Regierung Instruktionen erhalten hatte, welche mit
seiner Ueberzeugung im Widerspruch standen. Als nun der Erzher-
zog Albrecht im vorigen Sommer nach Warschau entsendet war,
um womöglich eine Annäherung zwischen Oesterreich und Rußland
anzubahnen, drückte der Kaiser von Rußland gegen den Erzherzog
den Wunsch aus, daß man ihm einen Gesandten schicken möge, mit
dem er wenigstens sprechen könne, und auf die Anfrage, wer ihm
also der Gensiniste sei, erwiderte der Kaiser: „Meinewegen den
Grafen Thun“, ein Wunsch, dem das österreichische Kabinett
sogleich nachkam. Graf Thun ist also bei dem russischen
Hofe als persona gratissima anzusehen. — Wollig absurd
ist es, von einer in Paris kundgegebenen Mißstimmung
Rußlands zu sprechen. Rußland braucht Frankreich in der
orientalischen Frage. Das genügt, um die Nichtigkeit dieser Kon-
junktur darzutun. Um Uebriß betrachte Rußland die italieni-
sche Frage als für seine Politik von nur sekundärer Wichtigkeit und
sodann ist es auch materiell nicht in der Lage, irgendwie kräftig ein-
zugreifen zu können. Seine Finanzen sind zerrüttet und im Innern
hat die Regierung ernste Kämpfe mit dem Adel zu bestehen. —
Bei Besprechung der Zustände in der Lombardei, wie sie sich seit
der Einverleibung in Piemont herausstellen, lieben es die östrei-
chischen Blätter, auf eine steigende Unzufriedenheit mit dem neuen
Regiment neben größerer Unsicherheit der Personen und des Eigen-
thums hinzuweisen. Was das letztere anbetrifft, so dürfte sich wohl
zunächst eine Nachwirkung des früheren Systems geltend machen,
wie denn auch nicht zu übersehen ist, daß jetzt bei schrankenloser
Pressefreiheit Alles das, worvor früher liebevoll die Zensur den guten
Eumund Lombardiens bewahrte, schonungslos aufgedeckt wird;
in ersterer Beziehung dagegen wird das Band des gemeinschaft-
lichen Parlaments, das die alten und neuen Provinzen verbindet,
durch die freie Diskussion dessen, was Noth thut, voraussichtlich
sehr ersprießlich wirken.

*** [Kreisordnung.] Die Hauptgrundzüge, auf welche
die vom Minister des Innern beabsichtigte neue Kreisordnung ba-
sirt ist, werden uns dahin angegeben, daß es im Projekt liege, den
Begriff der Rittergüter als solcher aufzuheben (also die Wirt-
schaften der Rittergutsbesitzer in Wegfall zu bringen) die
Güter demgemäß in größere, deren jährlicher Ertrag 2000 Thlr.
übersteigt, und kleinere zu theilen, so daß die Kreisvertretung fünf-
teigig von drei Wapföpern (den größeren und den kleineren Gü-
tern und den Städten) abgesondert nach bestimmten Modalitäten
gewählt werden soll.

— [Kinderpest.] In dem Dorfe Groß Briesen, im Zauch-
Belziger Kreise, ist unter dem Rindviehstand die Viehseuche ausge-

brochen und sind die Feldmarken desselben für Rindvieh und Rauch-
futter aus diesem Grunde bis auf Weiteres gesperrt worden.
— [Verbote.] Die in London erscheinende deutsche Wochen-
schrift „Germania“ ist, nachdem bezüglich mehrerer Nummern der-
selben ein rechtskräftiges, auf Vernichtung lautes gerichtliches
Erkenntnis ergangen, nach einer Bekanntmachung des Ministers
des Innern im preussischen Staate verboten.

Potsdam, 15. Jan. [Se. Maj. der Königl.] war wäh-
rend der vergangenen Woche so gestärkt und wohl, daß die Be-
wegung im Freien unausgesetzt und ohne Rücksicht auf das Wetter
täglich auf mehrere Stunden ausgedehnt werden konnte. Aller-
höchsterseits besuchte wiederum die schönsten Punkte der nähern
Umgebung von Sanssouci, verweilte öfter im neuen Palais, in
Charlottenhof, im Raphaelsaale und in den t. Appartements des
neuen Drangeriegebäudes und in der Fasanerie, traf dort und im
Parke von Sanssouci verschiedene Anordnungen und zeigte überall
die regste Theilnahme. (Sp. 3.)

Breslau, 16. Januar. [Ein Jubiläum.] Eine seltene
und würdige Feier von hoher Bedeutung, wie sie wohl einzig nach
dieser Seite hin dastehen dürfte, wurde gestern in der Kirche der
Elisabethinerinnen begangen. An diesem Tage waren es 50 Jahre,
daß die jetzige Oberin des Klosters, Paulina Hubrich, aus Klein-
Dels bei Ohlau gebürtig, nachdem sie im Jahre 1809 in dasselbe
eingetreten war, den Profess abgelegt hatte und ununterbrochen in
der Krankenpflege beschäftigt gewesen war. In den verschiedensten
Aemtern der Anstalt und unter anderen 2 Mal als Oberin, das
erste Mal von 1842—1843 und dann von 1852 bis jetzt, und wäh-
rend der schweren Zeiten des Krieges, der Epidemien und anderer
Drangsale, wie sie im verfloßenen halben Jahrhundert über die
hiesige Stadt hereinbrachen, war sie auf die verdienstvollste und
hingebendste Weise in ihrem wohlthätigen und anstrengenden Be-
rufe thätig und pflegte Tausende von Kranken mit unermüdlicher
Sorgfalt. (Schl. 3.)

Braunsberg, 15. Jan. [Adressen.] Das hiesige Kreis-
blatt meldet, daß Adressen ermländischer Katholiken an Se. K. H.
den Prinz-Regenten und an den Papst abgegeben sind. Die Zahl
der Unterschriften wird auf 22,300 angegeben.

Bütow, 16. Jan. [Brandstiftung.] Am 5. d. sind die
herrschaftlichen Gebäude des Rittergutsbesizers Baron v. Burstzin
in Lubben, Kreis Rummelsburg, abgebrannt. Das Mobiliar, die
Getreide- resp. Futtervorräthe und das Vieh ist in der Schlesischen
Feuerversicherungs-Gesellschaft mit 22,000 Thlr. versichert. Da das
Feuer in mehreren Gebäuden auf entgegengesetzten Seiten zugleich
ausbrach, so konnte nur wenig Vieh gerettet werden und sind ca.
700 Schafe und vieles Rindvieh von den Klammern verzehrt wor-
den. Der Schwager des Besitzers von Burstzin, Namens Sa-
vernie, der das Gut gepachtet hat, ist der vorsätzlichen Brandstif-
tung verdächtig und auf den Antrag der t. Staatsanwaltschaft ver-
haftet und an das hiesige Kreisgerichtsgefängnis abgeliefert wor-
den. Der Lavernie ist ferner beschuldigt, daß im Laufe des vergan-
genen Sommers an dem Camenzflusse abgebrannte und ziemlich
hoch verschickte Kieferholz angezündet zu haben und wird diese
Brandstiftung bei der jetzigen Untersuchung mit aufgenommen und
den Geschworenen vorgelegt werden. (Pomm. 3.)

Danzig, 15. Jan. [Zur Marine.] Wie mehrere Blätter
mittheilten, sollten die jetzt im Bau begriffenen 20 neuen Kanonen-
boote mit gezogenen Geschützen armirt werden, überhaupt bedeu-
tende Veränderungen in der Armirung und Ausrüstung der preu-
ssischen Kriegsflotte zu erwarten sein. Wiewohl dies sehr wünschens-
werth erscheint und allseitig warm befürwortet wird, so ist doch bis
jetzt von maßgebender Seite nichts fest bestimmt worden. Dem
Vernehmen nach wünscht man einen Theil des Restes der Anleihe
von 30 Millionen für Marinezwecke zu verwenden, da der diesjäh-
rige Marineetat noch nicht in Ausnahmefälle auf bedeutende Aus-
gaben für obige Zwecke abgeschlossen wurde. (D. 3.)

Königsberg, 15. Januar. [Ministerialreskript in
Betreff der Steuererhebung.] Die Arbeits- und Nah-
rungslosigkeit in einzelnen Theilen unserer Provinz läßt die Strenge,
mit der die Steuererhebung betrieben, doppelt schwer empfinden.
Die Steuererhebung ist in diesen Beziehungen absolut und gestatten
den Behörden wenig Spielraum bei Berücksichtigung individueller
Verhältnisse. Das Klassensteuer- und Gewerbesteuer-Gesetz von 1820,
ebenso das Gesetz über die Klassen- und klassifizierte Einkommen-
steuer von 1851 schreiben nur eine dreitägige Mahnungsfrist vor,
welche den Säumigen zur Entrichtung der Steuern offen gelassen
werden soll; die Exekutionsordnung von 1853 hat dagegen die
Mahnungsfrist auf 8 Tage festgestellt. Die t. Regierung zu Kö-
nigsberg hat hierin eine Antinomie gefunden und bei dem Finanz-
minister eine deklaratorische Verordnung nachgesucht. Hierauf ist
kürzlich ein Reskript eingegangen, in welchem das Finanzmini-
sterium zwar das Vorhandensein einer Antinomie in den erwähnten
Gesetzen nicht anerkennt, dagegen Unterscheidungen grundsätzlich
aufstellt, die von den Steuerpflichtigen gewiß willkommen zu hei-
ßen sind. Nach dem Reskript soll die dreitägige Mahnfrist nur bei
der den Gemeindebehörden übertragenen Elementarerhebung der
Steuern zur Anwendung kommen; dagegen soll die achttägige
Mahnfrist allen Exekutionen vorhergehen, welche von den künft-
lich mit Einziehung der Steuern oder Gefälle beauftragten Behörden
oder Beamten durch eidl. verpflichtete Exekutoren angeordnet und
vollstreckt werden. (B53.)

Marientburg, 15. Jan. [Hochwasser.] Wegen des ho-
hen Wasserstandes der Rogat befindet sich seit vorgestern schon die
ganze Mannschaft der Deichbeamten mit ihren Dienstleuten zur

Eiswache auf den Dämmen des Werders. In Folge des eingetretenen Frostwetters steht das Eis nun fest; tritt aber Thauwetter ein und mit ihm neuer Eisgang, so kann dieser bei dem hohen Wasserstande leicht Deichdurchbrüche zur Folge haben. Die Uebersälle an der Krafolschleufe ziehen sämmtlich, und stehen die Elbinger Einlage, so wie die Zeyer'schen Ländereien vollständig unter Wasser. Aus diesem überschwemmten weiten Terrain sah man Gassen in in großer Masse nach allen Seiten hin sich flüchten und nach den Dämmen eilen, in solcher Angst, daß sie von Menschen gegriffen werden konnten. Bei Montau sind die neuen Deiche vom Wasser unterpült worden und stellenweise eingesunken; doch wurden diese schadhafte Stellen sofort durch Buhnenwerke wieder ausgebessert. (Sp. 3.)

Neuwied, 15. Jan. [Petition an den Landtag.] Aus der benachbarten Bürgermeisterei Heddesdorf ist eine Petition an das Haus der Abgeordneten nach Berlin abgegangen, um eine gleichmäßige Vertheilung der Einkünftevertheilung auf den ganzen Staat herbeizuführen. Es ist darin die Bitte ausgesprochen: „Daß alle Leistungen für das Militär und zu Kriegszwecken so vergütet werden, daß solche auch ohne erheblichen Schaden der Verpflichteten erfolgen könne, so wie daß die Entschädigung aus Staatsfonds und nicht durch Ausgleichen in den Kreisen resp. Provinzen statfinde, da in dem letzteren Falle immerhin wieder einzelne Theile des Staats, und namentlich derjenige, worin wir wohnen, zu hart belastet werden würden.“

Saarbrücken, 14. Jan. [Grubenverschüttung.] In dem benachbarten Bergwerksdistrikte von Frankreich hat sich in diesen Tagen ein höchst beklagenswerther Unfall ereignet, durch welchen etwa zwanzig Menschen lebendig verschüttet worden sind. Vorgestern Nachmittags gegen 3 Uhr ist in dem 1½ Meile von hier entfernten Steinkohlenschachte zu Klein-Rosseln der untere Theil der Schachtzimmerung dadurch zum Bruche gegangen, daß eine Bühne, welche zu sehr mit Material für eine benachbarte Grubenmauerung beschwert war, einstürzte und im Fallen die unteren Bühnen und die inneren Schachthölzer mit sich riß. Unmittelbar hierauf entstand aus unbekannter Veranlassung eine so heftige Explosion von schlagenden Bettern, daß das ganze auf dem Schachte stehende Gebäude zertrümmert wurde. Der Schacht, welcher die einzige Verbindung der Grube mit dem Tage bildet, war hiernach ganz und gar mit Nachdampf gefüllt, welcher das Niedersteigen der Rettungsmannschaft verhinderte und welcher durch eine mühsam einzuleitende neue Ventilation entfernt werden muß. Bis heute Mittag war man erst bis zu 76 Meter Tiefe niedergebrungen, während die ganze Tiefe des Schachtes etwa 270 Meter beträgt, und obgleich sich der von der Explosion selbst nicht getroffene Theil der Arbeiter auch wahrscheinlich in oberen Soblen befindet, so war doch keine Aussicht vorhanden, dieselben vor morgen früh erreichen zu können. Die Rufe der Unglücklichen, welche man seit gestern deutlich vernahm, wurden heute schon sehr schwach, und so ist kaum Hoffnung für die Rettung vorhanden. Die Zahl der Verschütteten oder Eingeschlossenen wird unbestimmt zu 17—22 Mann angegeben. (R. 3.)

Stettin, 16. Jan. [Erzähl.] Vor Kurzem erwähnten wir der Soldatenraufereien in den Tanzlokalen vor den Thoren unserer Stadt, bei denen verschiedene Verwundungen vorgekommen waren. In der jüngsten Zeit liegt nun wieder ein Fall vor, der beweist, daß das Tragen der Waffen Seitens der Soldaten außer der Dienstzeit auch für die Bürger gefährlich werden kann. Drei ältere Herren, deren Persönlichkeit Bürgschaft dafür giebt, daß sie keinen Streit gesucht, gingen Abends in der Gartenstraße von Grünhof nach ihrer Wohnung, sich laut unterhaltend, als plötzlich ein Soldat auf sie zutritt mit der Aufforderung an sie, sich ganz ruhig zu verhalten; auf das Geheiß, seiner Wege zu gehen, zieht er das Seitengewehr und droht, wenn noch raisonnirt werde, davon Gebrauch zu machen u. s. w. Nur die Zurechtweisungen des Rath B., eines alten Militärs aus dem Befreiungskriege, bewirkte, daß sie ungefährdet an diesem Wegelagerer vorüberkamen. (Ostf. 3.)

Oestreich. Wien, 16. Jan. [Preßstimmen über die preussische Thronrede.] Die „Ostf. P.“ ist unzufrieden mit der preussischen Thronrede, der sie den Vorwurf macht, daß sie sich nicht für die Aufrechterhaltung der Verträge in Mittel-Italien ausspreche. Mit gleichem Vorwurf beschwert der „Wanderer“ sich darüber, daß die Thronrede an den Stellen, an welchen Oestreichs Erwähnung geschehe, nicht von etwas größerer Wärme durchhaucht sei. Dagegen bringt die „Presse“ eine sehr verständige und durchweg anerkennende Beurtheilung der Thronrede, an deren Schlusse es heißt: „Obgleich wir hier nur die Hauptmomente der Thronrede hervorgehoben haben, dürften diese wenigen Punkte genügen, ihre Bedeutung für die Entwicklung des öffentlichen Lebens in Preußen zu kennzeichnen, und wenn die Berliner Blätter einstimmig versichern, der Eindruck derselben sei in den Kreisen der Abgeordneten und im Publikum ein „außerordentlich günstiger“ gewesen, so darf ihnen aufs Wort geglaubt werden. Diese Thronrede entspricht allen berechtigten Erwartungen eines Landes, das die Bedingungen politischer Reife in sich trägt und sich derselben auch bewußt ist.“

[Napoleons Politik in Italien.] Die „Ostf. Post“ schreibt: Der Kaiser der Franzosen ist gegenwärtig mit seinen Gedanken und Kombinationen auf einem Standpunkt angelangt, wo auch dem kältesten politischen Beobachter jeder Maassstab zur Beurtheilung seiner Politik aus den Händen sinkt. Napoleon III. hat durch eine Reihe kühner Berechnungen und unerwartet glücklicher Erfolge sich das Prestige eines tiefen Denkers erworben. Aber die Sprünge, welche in diesem Augenblicke in seinen Plänen sichtbar werden, führen unwillkürlich zu der Vermuthung, daß dieser unternehmende Geist sich in eine Reihe von Widersprüchen und Wirrnissen verwickelt hat, in welchen der sichere Faden, der ihn herausführen soll, für den Moment wenigstens verloren ging. Wir finden ihn in einer Situation, die eben so gefährlich für Europa als für ihn selbst ist. Das Bewußtsein, von den meisten europäischen Mächten mit Mißtrauen betrachtet zu werden, ist ihm sicherlich nicht fremd. Und in dieser ungünstigen Position sehen wir ihn der ausgedehnten, über den ganzen Erdball hin verbreiteten Macht der katholischen Kirche den Handschuh hinwerfen und dem durch seine Schwäche am stärksten sich fühlenden Fürsten unres Welttheils, dem Papste, ein Schach bieten, während das „perfide Albion“, das in den letzten Monaten von den Tullierten aus mehrfach provoziert worden ist, als Bundesgenosse für Pläne gesucht

wird, bei deren Durchführung man einer brüderlichen Treue und einer unwandelbaren Gesinnung von Seiten der alliierten Macht sicher sein muß. Wenige Tage, nachdem der Kaiser Napoleon im Angesichte der Vertreter sämmtlicher europäischer Mächte die Versicherung abgab, daß er die tiefste Achtung vor anerkannten Rechten begehre, veröffentlicht der „Moniteur“ den bekannten Brief an den Papst. Die Achtung vor dem Rechte legt seine Heilighaltung voraus. Ein schwächlicher Mann, der unwillkürlicher Zeuge sein muß, wie einem Andern seine Habe entzogen wird, kann ob seiner passiven Zuschauerrolle nicht verurtheilt werden. Seine Kräfte reichen zur Hülfe nicht aus. Wenn aber ein riesiger Mensch unthätig dabei steht, wenn ein ihm an Kraft ganz untergeordneter Schwächling einem andern noch Schwächeren sein Eigenthum einreißt, ja sogar dem Unterliegenden zuredet, er soll sich in das Unvermeidliche fügen, dann wird das allgemeine Urtheil ihn entweder für einen rohen Egoisten halten, der für das Recht eines Andern kein Gefühl hat, oder man wird ihn des geheimen Einverständnisses zeihen. Wenn eine Macht wie Frankreich es ausspricht, daß sie ein Recht anerkenne und achte, dann ist es eine Herabwürdigung ihrer selbst, wenn sie das Aufheben desselben anrath, ja es mit Drohungen durchsetzen will. Hatte Napoleon III. jene Worte am Neujahrstage nicht ausgesprochen, so könnte man sagen, er habe die Maxime jenes Satirikers adoptirt: die Verträge gelten nur für den Fall, als man sie nicht zerreißt. Aber Anerkennen und Zerreißen lassen sich nicht in einem Athem aussprechen, ohne Unsinns und Heuchelei zu sein. Lord Palmerston ist sicherlich mehr als einverstanden, wenn die Romagna von Piemont geklapert wird; aber er hütet sich wohl zu sagen, daß er anerkannte Rechte hoch achte.

[Forderung der Bischöfe; Intoleranz.] Es befinden sich in diesem Augenblicke die Bischöfe von Linz und St. Pölten hier, um im Namen der übrigen Bischöfe des Reiches den Antrag zu stellen und durchzusetzen, daß der von Kaiser Joseph II. nach Aufhebung der Klöster und Einziehung der Kirchengüter gestiftete Religionsfonds, der sich bisher in den Händen des Staats befand, fortan von den Bischöfen verwaltet werden solle. Dieses allmähliche Streben der Geistlichkeit, auf dem Boden des Konkordats die eigenen Rechte mehr und mehr zu erweitern, macht im großen Publikum viel böses Blut, und man findet besonders zu dieser Operation den Augenblick schlecht gewählt, in welchem der Staat der freien Disposition über alle ihm zu Gebote stehenden Fonds so dringend bedarf, ihn zur Auszahlung so bedeutender Summen aufzufordern. Ueberhaupt hat die der Geistlichkeit nicht sehr günstige Stimmung neuerdings wieder durch einige eklatante Fälle neue Nahrung erhalten. Ich erwähne folgenden Fall. Der Sohn des reichen Eigenthümers des Hotels zur „Stadt Frankfurt“, ein glücklicher und allgemein beliebter junger Mann, wurde auf der Jagd durch Unvorsichtigkeit eines Treibers erschossen. Der Tod durch unglücklichen Zufall war gerichtlich und ärztlich festgestellt (der Schuß war durch den Rücken in den Körper eingedrungen). Dennoch verweigerte der Geistliche auch hier die Erlaubniß zur Beerdigung unter dem Vorwande, daß möglicherweise ein Selbstmord stattgefunden haben könne. Die Leiche mußte, zum Schmerz der Familie und zum Aerger der ganzen Stadt, so lange über der Erde bleiben, bis der Vater des Verunglückten sich direkt an den Kaiser wandte und dieser befahl, daß, wenn der Geistliche auf seinem Friedhofe die Beerdigung nicht gestatten wolle, die Einsegnung der Leiche in seiner Hof-Pfarrkirche (bei den Augustinern) und die Beerdigung auf deren Friedhofe stattfinden solle. Beides geschah unter großem Volkszulaufe und mit Gefühlen, welche der Geistlichkeit wahrlich nicht günstig waren. In solchen Fällen zeigt es sich sehr deutlich, wie wenig Boden die Bestrebungen des Klerus im Volke haben und wie wirkungslos heute alle geschriebenen Konkordate sind. (Pr. 3.)

[Die italienische Frage.] Die mehrseitig gemachte Angabe, daß der Kaiser der Franzosen in neuester Zeit zu Gunsten eines mittelitalienischen Königreichs unter dem Erbgroßherzoge von Toscana wirke, verdient keinen Glauben. Sicher ist es, daß dem Erbgroßherzoge nicht die mindeste Andeutung in dieser Beziehung zugekommen ist, ebenso, daß man sich hier bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, daß die Bestrebungen des großherzoglichen Hauses von Seiten des französischen Hofes auf keine Unterstützung zu hoffen haben. Dagegen wird die Annexion an Sardinien immer wahrscheinlicher, ja, man glaubt, daß dieselbe selbst dann zu Stande kommen werde, wenn auch Savoyen und Nizza nicht an Frankreich abgetreten werden. Allem Anscheine nach wird man zu dem Mittel der allgemeinen Abstimmung greifen, deren Resultat nicht zweifelhaft sein kann. An eine baldige Erledigung der italienischen Frage ist übrigens nicht zu denken. Dieselbe wird noch manche Wendungen durchzumachen haben, ehe sie zum definitiven Abchlusse gelangt, besonders, da die päpstliche Kurie fest entschlossen ist, den vom Kaiser der Franzosen hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen und mit allen Kräften gegen eine Lösung der mittelitalienischen Fragen anzukämpfen, welche ihre Interessen verlegt. (R. 3.)

[Der Papst; Werbungen für die päpstliche Armee.] Aus Rom sind Depeschen hier angelangt, deren Inhalt durch den päpstlichen Nuntius dem Grafen Rechberg mitgetheilt worden ist. Der Papst hat hiernach wirklich die Absicht, Rom und den Kirchenstaat zu verlassen; daß dies bis jetzt noch nicht geschehen, ist hauptsächlich den Vorstellungen des diplomatischen Korps zu danken, welches in seiner Mehrheit die Ausführung dieses Entschlusses widerrathen hat. — Inzwischen dauern die Werbungen für die päpstliche Armee hier und in den Provinzen fort. Ursprünglich wurden dieselben durch den österreichischen Botschafter, Freiherrn v. Bach, angeregt und in Wien durch den Severinus-Berein und den Vorstand desselben, Feldmarschallleutnant v. Mayerhofer, eingeleitet. Derzeit befinden sich Werbebureau's in Wien, Linz und Prag. In der Errichtung begriffen sind solche in Graz, Lemberg und Kratau. In den nächsten Tagen geht abermals ein Transport von geworbenen Freiwilligen von Meidling (bei Wien) nach Triest ab. Der letzte Transport wurde am Neujahrstage dahin befördert. Die Montur erhält die Mannschaft vor der Ueberfahrt von Triest nach Ancona, die Waffen jedoch erst in Ancona selbst. Das erste Bataillon steht bereits vollständig unter Waffen. Die Anmeldungen zum Eintritte in die päpstliche Armee dauern fort. In letzter Zeit haben sich auch Ausländer, namentlich Preußen und Sachsen, für den päpstlichen Dienst anwerben lassen.

Wien, 17. Januar. [Bonifikation für exportirten Zucker.] Nach einer so eben erschienenen Verordnung sollen für rohen exportirten Zucker 3½ und für raffinirten 4 Gulden bonifizirt werden. Die Auszahlung soll mittelst übertragbarer Anweisungen geschehen. — Gestern Abend wurden im Privatverkehr Kreditattien zu 203, 40 und Nationalanleihe zu 79,40 gehandelt. (Tel.)

Debreczin, 12. Jan. [Protestantischer Konvent.] Unter zahlreicher Theilnahme der verschiedenen Seniorate und einiger Tausend Debrecziner wurde der Konvent durch den stellvertretenden Superintendenten Peter Balogh mit einer Ansprache eröffnet. Hierauf erklärte der anwesende kais. Kommissar die Versammlung als ungeeignet und unstatthaft, und entfernte sich sodann, ohne den Gegeneinwendungen einiger Redner, die der Versammlung jeden politischen Charakter absprachen, da es eine rein kirchliche Versammlung sei, Gehör zu geben. Der Konvent tagte fort und die durch das kais. Patent abgetrennten Seniorate erklärten, auch ferner bei der Superintendenz jenseit der Theiß verbleiben zu wollen. Eine den früher an Se. Majestät von anderen Superintendenzen gerichteten Petitionen (um Zurücknahme des Patents) ähnliche wurde entworfen und beschlossen, dieselbe Sr. Majestät zu unterbreiten. So endete der vielbesprochene und befürchtete Debrecziner Konvent, ohne daß die äußere Ruhe im Geringsten gestört worden wäre.

Peith, 13. Jan. [Verkauf der Nationalgüter.] Großes Aufsehen erregt die so eben bekannt gewordene Versteigerung des Schlosses Bajda-Hunyad im Komitate Hunyad in Siebenbürgen. Das Schloß sammt den dazu gehörigen Grundstücken soll an eine kronsstädter Gesellschaft versteigert werden sein, welche daselbe in Hochöfen umwandeln will. Diese Maßregel ist der Beginn des von der Regierung beabsichtigten Verkaufs der ungarischen Staatsgüter. Man hatte gehofft, daß der allgemeine Protest, welcher sich im Lande gegen diesen Spoliationsakt erhoben, die Regierung doch von der Ausführung abhalten würde; es scheint aber, daß Baron v. Bruck absolut kein andres Mittel mehr weiß, Geld zu schaffen. Abgesehen von der Rechtsfrage, wird die nationale Pietät durch den Vandalismus verletzt, welcher in dieser Veräußerung liegt, indem Bajda-Hunyad als vieljähriger Aufenthaltsort der glorreichen Hunyady (Johann und Matthias) und als Geburtsstätte des politischen Märtyrers Ladislaus Hunyady zu den interessantesten und ehrwürdigsten Baudenkmälern der beiden Schwesterländer gehört. (R. 3.)

Verona, 12. Jan. [Grenzregulirung.] Die genaue Festsetzung der neuen Grenzlinie gegen die Lombardei wird in Kurzem erfolgen, da die erste Zusammenkunft der österreichisch-sardinischen Militärkommission zur Regelung dieser Angelegenheit bereits stattgefunden hat. Es hat sich nämlich vorgestern von hier aus der von Seite Oestreichs dazu bestimmte FML. Graf Trenneville mit dem ihm beigegebenen Stabe nach Desengano begeben, wo sich auch bereits der sardinische Regierungskommissar eingefunden hatte. Die eigentlichen Arbeiten werden morgen oder übermorgen beginnen, und der Sitz der Kommission sich in Peschiera befinden. Diese Kommission, deren Mandat voraussichtlich längere Zeit dauern dürfte, wird nach vollständiger Tracirung der Grenzlinie auch die Punkte bestimmen, an welchen die Brüden und sonstigen Uebergangspunkte über den Mincio hergestellt werden. Dann erst wird österreichischerseits die vollständige Aufstellung eines Grenzordons und die Ziehung der äußersten Zolllinie erfolgen. (Tr. 3.)

Sachsen. Dresden, 15. Jan. [Verufung.] Die durch den Tod Reiffiger's erledigte Stelle eines ersten königl. Hof-Kapellmeisters ist wieder definitiv besetzt: der Gewandhauskonzert-Direkt in Leipzig, Kapellmeister Dr. Riez, hat jenen Ruf erhalten und angenommen. Mit dem 1. April wird Riez seine Stellung antreten.

Leipzig, 15. Jan. [Ueber die preussische Thronrede.] sagt die „D. A. Z.“: Das ist wieder ein frischer und erfrischender Zug, der von dem preussischen Throne aus durch die deutschen Lande geht und das Gewölz, das sich hier aus kleinen Nebelstreifen des Mißtrauens und dort aus giftigen Miasmen partikularistischer Tendenzen zusammenballen wollte, mit raschem, kräftigem Anhauch auseinanderreibt! Aus diesen Worten spricht ein offener, echt fürstlicher Charakter, ein Geist der Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit in Erfüllung übernommener Pflichten, ein ehrlicher, gerader Wille, Preußens und Deutschlands Bestes nach Kräften zu fördern. Da herrscht weder die hoch klingende Phrase, die bestechen oder imponiren, im Stillen gehegte Entschlüsse künstlich verdecken oder nicht vorhandene heucheln will; noch die gewundene, nichts sagende, diplomatisirende Rede, welche die Armut einer an großen Grundfassen und Zielpunkten baaren Politik düstig überkleidet: hier spricht ein deutscher Fürst in des Wortes wahrster, edelster Bedeutung! Wir können es den preussischen Blättern überlassen, diejenigen Theile der Thronrede zu kritisiren, welche sich auf die dortigen inneren Verhältnisse, insbesondere auf die erwarteten Gesetzesvorlagen beziehen. Uns liegt es näher, den auf allgemeine deutsche Interessen bezüglichen Worten des erlauchten Redners unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Und diese werden, daß sind wir gewiß, allerwärts in Deutschland, so weit ein lebendiges Gefühl für die Größe des gemeinsamen Vaterlandes, für unverkürztes Recht, für eine gesetzlich freie Entwicklung aller unserer Zustände sich findet, mit derselben ungetheilten Befriedigung und Freude vernommen werden, welche sie in den Reihen der Vertreter des preussischen Staats, an die sie zunächst gerichtet wurden, erregten, und welche sich in lauten und wiederholten Beifallsbezeugungen kundgab.

Württemberg. Stuttgart, 16. Jan. [Zur Kritik der hiesigen Preßzustände] bemerkt der „Beobachter“, daß er im Verlauf von 7 Jahren (1853—59) 112 Mal mit Beschlag belegt wurde. In 59 Fällen erfolgte die Konfiskation, in 53 die Freisprechung.

Baden. Karlsruhe, 14. Jan. [Zum Konkordat; Unfall.] Wie das „S. S.“ berichtet, hat der Großherzog die Heidelberger Deputation, welche ihm die Petition gegen das Konkordat überreichte, nicht nur auf das Guldvollste empfangen, sondern ihr auch die Versicherung gegeben, daß diese Angelegenheit der sorgsamsten Prüfung unterworfen und auf rein konstitutionellem Wege ihre Erledigung finden werde. Nach einigen in der ersten Kammer von kompetenter Seite gefallenen Äußerungen sind Geses vorlagen über die Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhle in dieser Session nicht mehr zu erwarten. — Der Großherzog ist vor

Großbritannien und Irland.

F r a n k r e i c h.

Italien.

Neapel, 3. Jan. [Neue Anleihe; Filangieri; das Observationskorps.] Die neapolitanische Regierung, welche im letzten Finanzjahre ein Defizit von 2 Millionen Ducati hatte,

ist mit dem Hause Rothschild wegen Abschluss einer neuen Anleihe von 4 Millionen Ducati zum Preise von 108 zu Stande gekommen. — Fiangieri befindet sich, der „Indépendance“ zufolge, in vollständiger Ungnade und sah sich dadurch genötigt, am 2. Jan. um seine Entlassung einzukommen, (dieses Gesuch wäre, anderweitigen Nachrichten zufolge, weder angenommen noch abgelehnt worden und der General bliebe vorläufig auf seinem Posten. D. Red.) Sein erbitterter Gegner, der frühere Finanzminister Murena, welcher Professor an der Universität der Rudi ist, und dessen Vorsehungen über Topographie des Königreichs auf Staatskosten gedruckt werden, ist zum Präsidenten des Zoll-Ausschusses und zum Vize-Präsidenten der Consulta mit Ehren und Einkünften eines Ministers-Staats-Sekretärs ernannt worden. — Das Beobachtungskorps an der nördlichen Grenze soll nicht nur nicht zurückgezogen, sondern verstärkt werden; ja es ist bereits davon die Rede, die ganze Armee nach Norden zu schieben und die Stadtgarde zur Erhaltung der Ruhe im Innern mobil zu machen.

Spanien.

Madrid, 14. Januar. [Abtragung der englischen Schuld; das Konkordat mit Rom; vom Kriegsschauplatz.] Zu Anfang des marokkanischen Krieges hat die englische Regierung die Zahlung der 56 Millionen Reales für Lieferung von Waffen und Munition während des Bürgerkrieges verlangt. Die spanische Regierung hat die Schuld nicht in Abrede gestellt, jedoch gegen die Höhe des Betrages Einrede erhoben, der in Folge dessen auf 47 Millionen ermäßigt wurde. England bot Spanien für die Zahlung der Summe Erleichterungen an, die spanische Regierung lehnte dieselben jedoch ab und hat am 10. Jan. dem englischen Gesandten in Madrid den ganzen Betrag der Schuld mit 47 Millionen Reales ausbezahlt. — Die „Gaceta“ veröffentlicht die Ueber-einkünfte, die zwischen der spanischen Regierung und der römischen Kurie abgeschlossen wurde. Spanien verpflichtet sich darin, die Güter der Kirche nicht ohne Zustimmung des Papstes zu verkaufen, auszutauschen oder anderweitig ihrem Zwecke zu entfremden; zugleich gesteht es der Kirche das vollständige und unbegrenzte Recht zu, Güter zu erwerben, zu bewahren und in Nießbrauch zu behalten. — Heute Abends hat die Division Nios sich nach Afrika eingeschifft. Gestern wurde wieder ein Angriff der Mauren siegreich zurückgeschlagen. — Aus Madrid, 15. Jan., wird telegraphisch gemeldet: Seit gestern sind wir Herren aller Positionen von Cabo Negro. Nach einem vollständigen Siege beherrschen wir alle Höhen, welche das Thal von Tetuan umgeben. Wir werden vor dem Plage sein, sobald die Artillerie passieren kann.

Madrid, 16. Jan. [Vom Kriegsschauplatz.] Der Marsch der Armee, durch schlechtes Wetter, welches die Kommunikation mit dem Geschwader verhinderte, angehalten, ist fortgesetzt worden. Am 14. d. hatte ein hartnäckiger Kampf gegen sehr beträchtliche Streitkräfte statt. Die Spanier bemächtigten sich der Berge von Kap Negro und aller Positionen, welche das Thal von Tetuan beherrschen. Der Kampf wurde durch das zweite Armeekorps und einen Theil des dritten geführt. Drei Schwadronen säbelten die schwarze Garde des Kaisers nieder. Die Spanier hatten 300 Kampfmännigke, der Verlust des Feindes war bedeutend. Die Division des Generals Nios ist auf der Rede von Kap Negro angekommen. (Tel.)

Russland und Polen.

Petersburg, 11. Januar. [Ein Nikolausdenkmal; Fürst Bar-jatinski.] Vorgestern wurde im hiesigen Borsenkaale eine Kolossalbüste Kaisers Nikolaus I. enthüllt. Die Büste, ein Werk des Bildhauers Pimenoff, ruht auf einer granitnen Säule am Ende des Saales, bei dem Haupteingange von der Reuseite. Eine Inschrift sagt, daß sie zum Gedächtniß des unvergesslichen Wohltäters der Kaufmannschaft, Kaiser Nikolaus I., errichtet worden. Der Götterbau weicht das Denkmal in Gegenwart des Fürsten Dloff und Grafen Adlerberg. — Gestern Sonntag ist der Feldmarschall Fürst Barjatinski, der kürzlich so viel Erfolge im Kampfe erzielt, in Petersburg angekommen. Der Fürst verließ um 8 Uhr Morgens den Estrag, der ihn von Moskau hierher gebracht hatte. Er wurde auf dem Bahnhofe von dem Generaladjutanten Grafen Alexander Adlerberg empfangen, der sich an der Spitze des eignen Konvoi's Sr. Majestät befand, das, wie bekannt, aus Reitern verschiedener Stämme der kaukasischen Bergbewohner besteht. Der Feldmarschall begab sich direkt in das Winterpalais, wo Sr. Majestät für denselben die Gemächer hatte in Bereitschaft lassen, die ehemals von Sr. K. G. dem Großfürsten Nikolaus bewohnt wurden. Um 1 Uhr begab sich Sr. Majestät mit dem Feldmarschall Barjatinski zur Parade. Nachdem sie die Reih der Truppen durchgesehen hatten, übernahm der Kaiser selbst das Kommando derselben und ließ sie vor dem Feldmarschall das Gewehr präsentieren, den sie mit einem feurigen Hurrah begrüßten. Der Kaiser, der hiervon sichtbar gerührt war, verneigte sich vor dem Kaiser, der seine Arme ausbreitete und ihn mit Herzlichkeit küßte.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Jan. [Studenten und Bauern.] Die Studenten haben wieder ihr alljährlich „Nordisches Fest“ mit den gebräuchlichen skandinavischen Reden und Liedern gefeiert. In den ersten ward die Ausscheidung Holsteins als eine erwünschte Aenderung bezeichnet; in den letzteren Südschlesland (wie die dänische Annahmung Schleswig benamset) roh verpöht. Im Uebrigen that man so edel und so großmüthig, als ob man nie der vereinten Unterstützung der Gräfin Danner und Frankreichs, Rußland und Englands obenein bedurft hätte, um im Innern und Aeußern seine Ziele zu erreichen. — Eine Anzahl Bauernfreunde haben Orla Lehmann eine Mißtrauensadresse übersendet, weil er sich der in mehreren Punkten temporisirenden Politik des vorigen Ministeriums ergeben und sich (besonders im Pachtabstufungsgesetz) nicht dauernd als der Weltstürmer gezeigt, der er zu werden versprach. Bekanntlich gehört der also Getadelte zu den eifrigsten Danomanen, obgleich er zu sehr Beamter und Politiker ist, um sich jeglichem Wunsch der bäuerlichen Mehrheit in Bezug auf die innere Politik anbequemen zu können. (R. P. 3.)

Türkei.

Konstantinopel, 4. Jan. [Feuersbrunst; Thätigkeit der Behörden; die Presse; aus Cypern.] Die Sylvesternacht brachte uns nochmals hier einen großen Schrecken. In hellen Flammen standen um Mitternacht in Galata ein Dutzend Häuser und Magazine von Holz. Nur Dank den wie Festungen aus Stein gebauten Häusern, welche den Feuertagen, und der Thätigkeit der Spritzenleute, die nicht bloß von den Paschas, sondern vom Sultan selbst angefordert wurden, blieb die Feuersbrunst auf diesen Raum beschränkt. Ueberhaupt hat die Vermehrung von Steinhäusern innerhalb 10 Jahre in der Art zugenommen, daß kolossale Feuersbrünste, welche Tausende von Häusern in Asche legen, nicht mehr möglich sind. Die Thätigkeit der Munizipalität und der Polizei geht ungehemmt Schritte die lange, lange Bahn der Reformen im Oriente vor. Riza Pascha, der Kriegsminister, hat wieder eine Vernehmung der mit der Polizei in Pera und Galata vertheilten Wachtposten stattfinden lassen und dazu einen großen Theil der Truppen mit angewiesen. Es ist auch für die Straßengegend durch Vernichtung der Straßenhunde in Pera und Galata der erste Schritt geschehen. In den letzten

Monaten sind mehrere Menschen von Straßenhunden gebissen worden und der schrecklichen Wunden erliegen. — Singst ist in einem französischen Kaffee-haule, worin allerlei gesungen und zum Besten gegeben wird, auch nicht selten ohne alle Rücksicht dem momentanen französisch-italienischen Siege nach der neuen Mode durch Deklamationen der freudigen und beleidigten Art gedeutet wird, der Fall vorgekommen, daß ein höchst verlegendes und beleidigendes Gedicht gegen die Juden vorgetragen wurde. Die Munizipalität hat dem Café chantant einen derben Verweis gegeben und mit Schließung gedroht, wenn noch einmal dasselbe vorkomme. — Mit der Presse sind wir schon so weit, daß gar kein, sage gar kein, neues politisches Blatt, in welcher Sprache es auch nur sei, ferner hier konfessionell wird; so wenigstens ist es bei der hohen Pforte beschlossen. Auch hat der wieder erschienene „Morning Herald“ neuerdings eine erste Verwarnung erhalten, weil er einen kräftigen Angriff auf Napoleon III. aus einem englischen Blatte hier wieder abgedruckt hat. — Aus Cypern geht die Nachricht ein, daß es mit dem Pisebauen auch eine üble Bewandnis hat. Nach dem vielen Regen schmelzen die Hüner allmählich wie Zucker, und die Eigenthümer haben Mühe, ihre Häuser im Moraste, durch den sie patieren, wieder zu erkennen, und die Klagen gegen die Regierung wegen schlechter Wege nehmen natürlich zu. (R. 3.)

Griechenland.

Athen, 7. Jan. [Adresse auf die Thronrede.] Der Senat hat nach dreitägigen, ziemlich stürmischen Sitzungen die Adresse auf die Thronrede angenommen und in der Adresse eine Klage gegen das Ministerium wegen seines Verhaltens im Hinblick auf die Wahlen ausgesprochen. Der Kultusminister Zaimis hat in Folge dessen seine Dimission eingereicht, die jedoch vom König nicht angenommen wurde. Die zweite Kammer wird die Diskussion über die Adresse erst nach den Feiertagen aufnehmen.

Sien.

Hongkong, 30. Nov. [Der amerikanische Vertrag; Küsten-gegend der Chinesen; Handelsverhältnisse etc.] Der Korrespondent der „Times“ schreibt: „Aus dem Norden ist nichts Neues von Belang zu melden, als daß der amerikanische Vertrag von John C. Ward mit China veröffentlicht ist. Er enthält indessen wenig Vortheile. Die Zollsgebühren sind von 5 Macae auf 4 Macae per Ton ermäßigt und nach dem registrierten Gehalt zu zahlen, obgleich die Fassung der betreffenden Klausel widersprüchlich ist. Die Häfen Swatow und Taiwan sollen nach dem 31. Dezember offen sein; Swatow ist es schon seit Jahren. Der neue Zolltarif tritt erst in Kraft, wenn die Schwierigkeiten mit England und Frankreich beigelegt sind. Mr. Ward ist jetzt in Macao. — Die Chinesen sollen große Anstrengungen machen, um im Frühjahr kriegsbereit zu sein, und wir hören, daß aus der Provinz Kanton Truppen nach Peking beordert sind. Inzwischen geht in den verschiedenen Häfen Alles seinen ruhigen Gang. — Die Ausländer, die in Kanton im chinesischen Zollamt mitwirken sollen, verrichten ihr Amt in so offener Weise, daß es leicht zu Unannehmlichkeiten kommen kann, während unsere britischen Konsular-Beamten sich gegen alle Beschwerden apathisch verhalten. Ein portugiesischer Dampfer wurde neulich sammt der Ladung konfisziert und seine Ladung verhängen, ohne daß die üblichen Regeln beobachtet wurden. Der Gouverneur von Macao hat Er-satz und Genugthuung gefordert. In Japan ist das Handelsgeheimnis in günstigen Gänge. — Aus Kischimida hört man, daß die Franzosen ihre Stellung behaupten und gelegentliche Ausfälle machen, um die Anamiten im Zaume zu halten.“

Afrika.

Cape Coast Castle, 14. Dez. [Streitigkeiten unter den Eingeborenen.] Am 24. Nov. haben zwischen den Sutsins und Bentils, weiten in verschiedenen Stadttheilen hausenden Stämmen, so ernsthafte Streitigkeiten stattgefunden, daß die Truppen aufgerufen werden mußten und Congrevesche Raketen unter die Ruhestörer geworfen wurden. Die Truppen kamen ohne Schaden davon; die Zahl der getödteten oder verwundeten Eingeborenen wird nicht angegeben.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Die Bemerkungen, welche in der Sitzung am 16. d. der Finanzminister bei der Uebergabe des Staatshaushalt-Etats für 1860 (s. gestr. Ztg.) machte, geben wir nachfolgend der Hauptfache nach. Der Minister v. Patow erklärte: Die Einnahmen pro 1859 balancirend mit den Ausgaben waren normirt auf 131,829,498 Thlr., es ist also in dem Etat von 1860 eine Mindereinnahme von 1,053,575 Thlrn. oder nach Abzug des Etats für die hohenzollernschen Lande von 1,043,146 Thlrn. vorgezogen. (Bei der ungünstigen Lage der Journalisten-trübne ist es unnötig gewesen, alle Zahlen genau zu verlesen. Wir bitten also, wegen etwaiger kleiner Ungenauigkeiten und zu entschuldigen.) Diese Verminderung der Einnahmen ist jedoch nur eine scheinbare. Im vorjährigen Etat ist ein außerordintärer Zuschuß von 1,360,000 Thlrn. aus dem Etat von 1857 aufgenommen. Nach Abzug dieser Summe ergibt sich eine wirkliche Mindereinnahme von nur 281,844 Thlrn., so daß das Resultat des jetzigen Budgets immerhin ein befriedigendes und überraschendes genannt werden kann. Die Finanzverwaltung mußte bekennen, daß sie ihre eigenen Erwartungen übertroffen sehe. Von den Verwaltungen im Finanzministerium geben die Forstverwaltung 41,000 Thlr., die direkten Steuern 205,000 Thlr., die indirekten Steuern 195,000 Thlr., und von diesen letzteren einen großen Theil die Kunkeltriben-zuflüsse aller Ueberflüsse. (Sensation.) Die Seehandlung hat sich bereit erklärt, 100,000 Thlr. zur Verfügung zu stellen; die Einnahme der Bank steigt auf 44,000 Thlr., so daß der ganze Ueberflus des Finanzministeriums 1,753,000 Thlr. beträgt. Minder erfreulich ist das Resultat aus dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Die Telegraphenverwaltung ergibt ein Minus von 54,000 Thlrn.; die Verwaltung der Bergwerke und Salinen einen Ausfall von 514,000 Thlrn.; diejenige der Privatbahnen von 187,000 Thlrn. und die der Staatsbahnen von 247,000 Thlrn. Diese Ausfälle werden vermindert um 403,000 Thlr., welche den Amortisationsfonds bilden und nicht mehr zum Ankauf von Eisenbahnaktien gebildet werden. Die Ueberflus-Ver-waltungen geben also im Ganzen ein Plus von 1,193,000 Thlrn. Was die Zu-schlag-Verwaltungen betrifft, so hat das Justizministerium ein Plus von 106,000 Thlrn., das Kriegsministerium ein solches von 12,000 Thlrn., das Ministerium des Innern ein Minus von 787,000 Thlrn., das Ministerium für landwirth-schaftliche Angelegenheiten ein Minus von 48,000 Thlrn. und das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten ein Minus von 32,000 Thlrn. Die ganze Mehreinnahme stellt sich also auf 1,166,000 Thlr.

Die Ausgabeüberschreitungen haben stattgefunden bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit 7900 Thlrn., bei dem Handelsministerium mit 41,000 Thlrn., bei dem Kriegsministerium mit 801,000 Thlrn. u. s. w. Das Defizit des Budgets beträgt also 2,381,000 Thlr. Um diese Summe zu decken, sind die außerordintären Ausgaben erheblich gekürzt worden und zwar so, daß, während im Etat 1859 für außerordintäre Ausgaben 8,217,000 Thlr. ge-fordert worden sind, der Etat von 1860 für diese Ausgaben nur 5,833,000 Thlr. veranschlagt. Von diesen Verkürzungen treffen das Handelsministerium 172,000 Thlr., des Innern 150,000 Thlr., des Kriegs 1,300,000 Thlr. und der Marine 1,000,000 Thlr. (?) Die Staatsregierung hat den Wünschen der Abgeordneten, in Betreff der direkten Steuern den Anschlag nach dreijähriger Fraktion zu normiren, thunlichst Rechnung getragen. Was die indirekten Steuern betrifft, so ist die dreijährige Fraktion überall zu Grunde gelegt.

[Die Fraktionen.] Die Zahlenverhältnisse der verschiedenen Fraktionen des Hauses der Abgeordneten stellen sich, soweit sich dies jetzt übersehen läßt, folgendermaßen: Minister 6; Fraktion Vinde-Wengel 140; Mathis 41; katholische Fraktion 42; die verschiedenen Fraktionen der jetzigen Linken 37; Polen 7; als sogenannte Wilde werden bezeichnet 19; unbekannt ist die Partei-stellung von 5.

Kolales und Provinzielles.

Posen, 18. Jan. [Vertretung.] Während der Dauer der Sitzung des Landtages ist die Vertretung des Geh. Regierungsrathes, Oberbürgermeister Naumann, als Vorsitzenden der Ein-schätzungskommission für die klassifizierte Einkommensteuer des hiesigen städtischen Bezirks, dem Regierungsrath Gebauer hier selbst übertragen worden.

R — [Ein Wohlthätigkeitsverein.] Innerhalb der hiesigen jüdischen Gemeinde bestehen eine größere Anzahl von Vereinen zu wohlthätigen Zwecken, von denen auch in unsrer Zeitung

je nach Maassgabe der uns zugehenden Mittheilungen von Zeit zu Zeit die Rede gewesen ist. Zu denselben gehört auch der jüdische Töchterverein. Der Jahresbericht über denselben bringt eine kurze Geschichte nebst einer Uebersicht seiner stillen, aber höchst verdienstlichen Thätigkeit im verflossenen Jahre, und wir theilen aus dem selben die nachfolgenden Notizen mit, indem wir den aufrichtigen Wunsch hinzufügen, daß derselbe auch im begonnenen Jahre reiche Unterstützung, warme und werththätige Theilnahme finden möge.

Der in hiesiger Stadt durch Statut vom 14. April 1850 von Neuem ins Leben gerufene „jüdische Töchterverein“ verdankt seine Gründung der rastlosen Thätigkeit des in edlen Bestrebungen unermüdeten verstorbenen Buchhändlers Peter Lippmann. Schon 1845 war hier ein ähnlicher Verein gegründet, der indeß der damaligen politischen Bewegungen halber nur ein kurzes Dasein fristete. Der Verein verfolgt den Zweck, arme jüdische Waisen-mädchen im Alter von 6–10 Jahren bei hiesigen Familien zur Erziehung unterzubringen, zu beleiden und zum Besuch der Schule anzuhalten. Nächst dem soll ihnen nach vollendetem 16. Lebensjahre eine Gelegenheit zum reiblichen Broterwerb geboten, und nach erlangter Selbstständigkeit oder bei ihrer Verheirathung ein mäßiges Kapital gewährt werden. Endlich sollen auch für nicht aufgenom-mene Waisennädchen Winterkleider beschafft und armen Mädchen überhaupt durch die Vorsteherinnen Unterricht erteilt werden. Der Verein trat ohne jeden Geldfonds ins Leben; er wandte sich an die Milthätigkeit der Glaubensgenossen, und diese bildeten noch jetzt die wesentlichste Quelle seiner Einnahmen. Nach Maassgabe der dis-poniblen Mittel hat der Verein anfänglich zwei Waisennädchen auf seine Kosten in Erziehung und Pflege gegeben; die Zahl der Zöglinge wuchs mit den zufließenden Mitteln, und so sind im ver-flossenen Jahre fünf Waisennädchen mit einem Kostenaufwand von 336 Thlrn. versorgt und beleidet worden, während zwei be-reits entlassene Waisen von dem Vereine beaufsichtigt werden und an den Jahreseinnahmen partizipiren. Statutenmäßig soll der Verein auf Ansammlung eines eiserne Fonds bedacht sein; dieser Zweck ist konsequent seit Gründung des Vereins im Auge behalten worden, und beträgt dieser zur Zeit vorhandene Fonds 751 Thlr., während der Aussteuerfonds für sieben Mädchen bereits die Höhe von 437 Thlr. erreicht hat. Die milden Beiträge der Mitglieder werden quantaliter eingezogen; außerdem wendet sich der Verein bei besonderen festlichen Gelegenheiten (namentlich Hochzeiten) an die freudig gestimmten Gemüther, in dem er sie daran erinnert, bei ihrer Freude auch der armen Waisen zu gedenken, und es sind solche Liebesgaben namentlich in früheren Jahren reichlich zuge-flossen, während er eine weitere Einnahme aus den alljährlich ver-anstalteten Auspielen gewann, zu denen von allen Seiten Auspielungsgegenstände gesendet wurden. Trotz der unvertenn-bar wohlthätigen Tendenz des Vereins kann derselbe nur Beschei-denes wirken, weil im größern Publikum noch immer die rechte warme Theilnahme für denselben fehlt. Mögen sich bald recht viele für die Verwaisten sühlende Herzen thätig dem Vereine zuwenden, damit das Ziel, welches dem Gründer des Vereins vorschwebte, nämlich die Errichtung einer „jüdischen Mädchenwaisenanstalt“ in hiesiger Stadt bald erreicht werden möge. Die Einnahmen des Vereins betragen im vorigen Jahre 489 Thlr. (Beiträge der Mit-glieder 289, Verkauf von Kosen zur Auspielung 117, Sammlun-gen bei Hochzeiten 49 Thlr. etc.); die Ausgaben an Pensionsgeld 256 Thlr., an Bekleidungsgegenständen 51 Thlr., dem Aussteuer-fonds gutgeschrieben 82 Thlr. etc., und es ist ein Ueberflus von 70 Thlrn. geblieben, der statutenmäßig dem Erhaltungsfond über-wiesen wurde.

[Eine Widerlegung.] Der „Dziennik pozni“ hatte vor Kurzem die Mittheilung gebracht, daß der bekannte Graf Dja-lynski hier selbst die Herrschaft Storchest für eine reiche Familie des galizischen Adels gekauft habe. In Betreff dieses Gerüchtes er-läut nun der Graf unter den Inseraten des gedachten Blattes fol-gende Bekanntmachung: „Ich muß erklären, daß, wenn ich die Mit-tel dazu besäße, ich zuerst das ganze Großherzogthum Posen, so-dann das Großfürstenthum Lithauen und die Lande Kralau, San-domir, Sieradz, Venczye, Kujawien, Ruffinen, Wolhynien, Preu-ßen, Masowien, Podlachien, Kulm, Elbing, Pommern, Samogitien, Giesland und die übrigen ankaufen und die Verwaltung meiner Ver-sigungen den im Schuppen bei Wola (wo früher die polnischen Könige gewählt wurden) versammelten Ständen übergeben würde, an dem ehrlichen Wunsche Johann Kasimirs festhaltend: Detur di-gnissimo! Da ich aber keinen Groschen Kapital besitze, so habe ich nicht einmal Storchest gekauft. Titus Djalynski.“

S — [Stadttheater.] Die gestrige Vorstellung des „Posti-lon von Conjeumeau“, das Benefiz der Frau Seyler-Blume-nthal, hatte, wie wir richtig vermutheten, das Haus außerordent-lich gefüllt, und das Publikum folgte mit regster Theilnahme der lieblich pilanten, höchst ansprechenden Musik, wie der interessanten Handlung, die freilich auch an dem Gebrechen so vieler der neueren französischen Libretto's, an einer ziemlichen Dosis von Trivialität, leidet. Die Aufführung darf als zufriedenstellend und im Ganzen gelungen, in Einzelheiten als vortrefflich bezeichnet werden; die In-scenirung verdiente Lob und die Ausstattung war angemessen, zum Theil nach Bedarf elegant. Frau Seyler-Blume-nthal, vom Publikum schon beim Auftreten warm begrüßt, errang sich als Ma-delaine durch ihre Leistung mit Recht wärmsten Beifall, der in wie-derholtem Hervorruf kulminirte, und dem sogar (hier nicht überaus häufig) am Schlusse des 1. Akts freundliche Bouquetpende sich an-schloß. Auch Hr. Seyler, der als Gast den Chapelou gab, wußte die Zuhörer lebhaft für sich zu interessieren und theilte wiederholt den Beifall und Hervorruf mit seiner Gattin und Hrn. Schön, der den Bijou recht ergötzlich und nur in der ersten Maske etwas zu stark gefärbt, zur Geltung brachte. Wir denken gelegentlich noch auf die Vorstellung spezieller zurückzukommen.

[Vakante Oberpredigerstelle.] Durch das am 24. Oktober v. J. erfolgte Ableben des Oberpredigers Schmidt zu Schwerin a. M. wird die Oberpredigerstelle daselbst zum 1. November c. vakant. Bewerber um diese Stelle haben ihre an das Kirchenkollegium zu Schwerin a. M. zu richtenden Anträge dem Superintendenten Vater in Meseritz einzulegen.

[Erledigt.] Die kath. Schullehrerstelle zu Poddolice (Kr. Schroda) ist sofort zu besetzen. Es ist winchenswerth, daß die Bewerber auch für den Organistenposten befähigt sind. Der Schulvorstand hat das Präsentationsrecht. — Elissa, 17. Jan. [Stadtverordnetenversammlung; Stempelstrafe; eine Verurtheilung.] In der ersten Stadtverordnetenversammlung d. J. wurden die neugewählten Mitglieder verpflichtet, worauf die Konstituierung des Vorstandes für das laufende Jahr erfolgte. Zum Vorstehenden wurde Rechtsanwalt Nolte und zu dessen Stellvertreter der praktische Arzt Dr. Wegig wieder gewählt, während

Verlinerstr. 15b.

